

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Sport aktuell

Galina verlor Spitzenkampf

Der Nationalliga-B-Volleyball-Spitzenkampf zwischen Galina Schaan und Uni Basel endete am Samstag vor 700 Zuschauern mit einem 3:1-Erfolg der Basler.

Bronze für Vaduzer Schützen

An den Schweizer Luftgewehr-Schützen-Gruppenmeisterschaften errang der Zimmerschützenverein Vaduz hinter Täfers und Erstfeld die Bronzemedaille.

Schweizer Rodel-Meister

Bei den Schweizer Juniorenmeisterschaften im Rennrodeln, gewann Marco Felder aus Triesenberg in St. Moritz die Goldmedaille. Auch bei den Mädchen ging der Sieg durch Sandra Jäger nach Liechtenstein.

Turniersieg für Biggi Blum

Beim internationalen Judo-Turnier in St. Gallen siegte Biggi Blum aus Mauren in der Kategorie bis 61 kg. Dritte Plätze erreichten Walther Kaiser und Viktor Hediger.

Sieg für Hans Burkhard

Der 17-jährige Triesenberger Hans Burkhard wurde in Todtnau internationaler Deutscher Riesenslalom-Juniorenmeister.

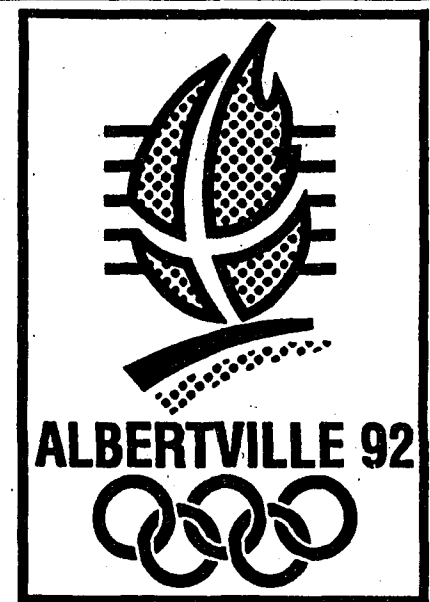
Gratulation für eine sportlich ausgezeichnete Leistung

Glückwunsch von Sportminister Dr. Herbert Wille in Albertville an Langläufer Markus Hasler



Mit einer tollen Leistung wartete am Samstag bei den Olympischen Spielen unser Langläufer Markus Hasler auf. Der Eschner schaffte im 15-km-Verfolgsrennen die 22. beste Zeit (nur 24 Sekunden langsamer als Silbermedaillengewinner Ulvang!) und verbesserte sich in der Gesamtwertung auf Rang 36. Unser Bild: Vize-Regierungschef Dr. Herbert Wille gratuliert Markus Hasler nach dem Rennen in Les Saisies zu seiner tollen Leistung. Eine Bilder-Sonderseite aus Albertville finden Sie im Sportteil.

(Bild: Beat Schurte)



Endlich Gold für die Schweiz

Der Rheintaler Bobpilot Gustav Weder und sein Bremser Donat Acklin erlösten die Schweizer Olympiadelegation endlich aus ihrer tristen Erfolgslosigkeit: Gold im Zweierbob-Bewerb vor den Deutschen Lochner/Zimmermann und Langen/Eger.

Mit Überraschungen endeten die alpinen Wettkämpfe vom Wochenende. Frauen-Abfahrtsiegerin wurde die Kanadierin Kerrin Lee-Gartner vor der Amerikanerin Hilary Lindh und der Österreicherin Veronika Wallinger. Herren-Super-G-Olympiasieger wurde der Norweger Kjetil André Aamodt vor Marc Girardelli (Lux) und Jan Einar Thorsen (Nor). Günther Marxer wurde 26., Marco Büchel 36., Achim und Daniel Vogt schieden aus.

Eine hervorragende Leistung bot der Liechtensteiner Langläufer Markus Hasler im 15-km-Verfolgsrennen. Dank der 22. besten Zeit verbesserte sich der Unterländer in der Gesamtwertung noch um 9 Positionen auf Platz 36. Olympiasieger wurde der Norweger Dählie vor seinem Landsmann Ulvang und dem Italiener Vanzetta.

Der Olympiasieger auf der Gross-Schanze heisst Toni Nieminen aus Finnland. Die Österreicher Höllwarth und Kuttin holten Silber bzw. Bronze.

Das Programm von heute

10.00: Frauen-Langlauf-Staffel
12.15: Frauen-Super-G (mit Birgit Heeb, Nr. 39)
13.00: Teambewerb Nord. Kombination Springen Normal-schanze
16.00: Frauen-Eischnellauf 5000 m
19.30: Kür im Eistanzen
Eishockey: Deutschland - Polen (13.00), Finnland - Italien (16.30), Schweden USA (20.15).

Nur Details des EWR-Vertrags?

Noch keine Stellungnahme von Regierungschef Brunhart

(G.M.) - Der Kontrast hätte nicht grösser sein können: Am Samstag versuchte das «Liechtensteiner Vaterland» den Vorfall mit der Stellungnahme des Amtes für Volkswirtschaft zum EWR-Vertrag herunterzuspielen und den Eindruck zu erwecken, als ob der Leiter des Volkswirtschaftsamtes der Autor dieser Stellungnahme sei. Dr. Benno Beck hat jedoch, nachzulesen im VOLKSBLATT vom Samstag, zu erkennen gegeben, dass diese Stellungnahme gar nicht von ihm stammt. Regierungschef Hans Brunhart gab dazu bisher keine Erklärung ab.

Als «abstruse Feststellung» bezeichnete das «Vaterland» in einem harschen Kommentar den Vorwurf, die Regierung versuche sich hinter einem Amt zu verstecken. Dabei liegt klar auf der Hand, dass das besagte Schreiben mit «Amt für Volkswirtschaft» gezeichnet war, die Verantwortlichkeit für die Aussenpolitik aber bei Regierungschef Hans Brunhart liegt.

Nicht ganz auf der Höhe des aktuellen Informationsstandes, versuchte das Mehrheitsblatt der Leserschaft zu erklären, dass die Regierung «die Beantwortung von Fragen zu Details des EWR-Vertrags» einem Kreis von Fachleuten übertrage: «Und da ist das Amt für Volkswirtschaft, dessen Leiter, Botschafter Dr. Benno Beck bei der Ausarbeitung der liechtensteinischen Positionen und der Verhandlungsführung gerade hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte massgeblich mitwirkte,

nun wirklich die richtige Stelle, um präzise und detaillierte Auskünfte geben zu können.»

Erstaunlich ist, dass die Regierungszeitung im Zusammenhang mit Fragen des Gesellschaftswesens, die für unser Land in der Zukunft entscheidend sein können, als «Details des EWR-Vertrages» bezeichnet. Und weiter ist erstaunlich, dass immer noch an der Version festgehalten wird, das Amt für Volkswirtschaft sei der Urheber der Stellungnahme. Dazu die Wahrheit, von alt Regierungschef Dr. Walter Kieber: «Ein Telefongespräch mit Botschafter Dr. Benno Beck, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, hat zu meinem Erstaunen ergeben, dass die über das Presseamt verbreitete Stellungnahme zur liechtensteinischen Integrationspolitik gar nicht vom Amt für Volkswirtschaft stammt.»

EWR-Paraphierung diese Woche?

Zeitplan sieht Unterzeichnung des EWR-Vertrages im März vor

(AP) Der schweizerische Bundesrat wird voraussichtlich am Mittwoch entscheiden, ob er den Vertrag für einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) unterzeichnen wird oder nicht. Davor wird die Schweizer Verhandlungsdelegation keine öffentliche Wertung des am Freitag in Brüssel erzielten Kompromisses über die Streitschlichtung im EWR vornehmen, wie der Sprecher des Integrationsbüros, Urs Ziswiler, am Samstag auf Anfrage sagte. Die Entscheidung der liechtensteinischen Regierung dürfte bereits gefallen sein, denn im 7. Ergänzenden Bericht zur Integrationspolitik hatte sie sich für einen EWR-Beitritt ausgesprochen.

Den institutionellen Fragen, die zur Verzögerung der EWR-Paraphierung führten, hatte Liechtenstein bisher weniger Bedeutung als die Schweiz zugemessen. Im EWR-Bericht im Dezember hiess es: «Der EWR-Vertrag ist nach Auffassung der Regierung bezüglich des Gesamtergebnisses wie bezüglich der für Liechtenstein vereinbarten Übergangsfrieten, Spezial- und Schutzklauseln akzeptabel. Die Regierung beabsichtigt, den Vertrag zu unterzeichnen und ihn anschliessend dem Landtag zur Annahme

zu empfehlen.»

War im Vorfeld des ersten Verhandlungsabschlusses aus dem Kreis der Schweizer Verhandlungsdelegation bereits signalisiert worden, dass mit einer Zustimmung des Bundesrats zum EWR als Zwischenschritt im Hinblick auf einen späteren EG-Beitritt zu rechnen sei, so enthielten sich jetzt die Unterhändler jeglichen öffentlichen Kommentars. Hinter vorgehaltener Hand wird immerhin zu verstehen gegeben, dass das Schreckgespenst der «fremden Richter» mit dem in Brüssel gefundenen Kompromiss habe abgewendet werden können. Es wird aber auch eingeräumt, dass sich die innenpolitische Akzeptanz des EWR durch die zähen Neuverhandlungen über die Gerichtsbarkeit sicher nicht erhöht hat. Hinzu kommt, dass der am Freitag in Brüssel ausgehandelte Mechanismus äusserst kompliziert ist und Spielraum für verschiedene Interpretationen zulässt. Andererseits gilt weiterhin die Aussage der europapolitischen Experten vom vergangenen Herbst, wonach es der Schweiz ausserpolitisch kaum zum Vorteil gereichen wird, wenn die Regierung das derart lange erduerte Verhandlungsergebnis als ungenügend vom Tisch wischt.

Schweizer Volk vertraut seiner Volksvertretung

Initiativen zur Krankenversicherung und zum Tierschutz klar verworfen - Reformdruck bleibt dennoch

Bern (AP) Bei der Krankenversicherung und im Tierschutz vertrauen die Schweizer Stimmberechtigten offensichtlich den Reformrezepten von Bundesrat und Parlamentsmehrheit mehr als jenen der Krankenkassen und der führenden Tierschutzorganisation. Volk und Stände verwarfen nach einem emotionsgeladenen Abstimmungskampf die Krankenkassen-Initiative und die Initiative «Weg vom Tierschutz» am Wochenende überraschend klar. Der Reformdruck hält jedoch in beiden Bereichen weiterhin an.

Nach Mitteilung der Bundeskanzlei lautete das Ergebnis im einzelnen wie folgt: Die vom Krankenkassenkonkordat lancierte Initiative «für eine finanziell tragbare Krankenversicherung» wurde mit 1 195 148 (60,7 Prozent) Nein gegen 773 008 (39,3 Prozent) Ja barchab geschickt. Alle Kantone mit Ausnahme von Uri lehnten das Begehren ab, das als

konkreteste Auswirkung eine massive Erhöhung der Subventionen an die Krankenkassen zur Folge gehabt hätte. Die vom Schweizer Tierschutz STS lancierte Initiative «zur drastischen und schrittweisen Einschränkung der Tierversuche (Weg vom Tierversuch!)» wurde mit 1 115 963 (56,3 Prozent) Nein gegen 865 978 (43,7 Prozent) Ja verworfen. Einzig in den vier Kantonen Zürich, Bern, Graubünden und Appenzell-Ausser Rhoden fand das vorgeschlagene grundsätzliche Verbot von Tierversuchen eine zustimmende Mehrheit. Die Stimmbeteiligung betrug im Durchschnitt 43,65 Prozent und war damit vergleichsweise hoch, vor allem wenn man berücksichtigt, dass in verschiedenen Kantonen noch Schulferien sind.

Zufriedene Gesichter gab es für einmal im Bundeshaus: Die Bundesräte Fla-

vio Cotti und Jean-Pascal-Delamuraz werteten die Verwerfung der beiden Initiativen als Zeichen der Weisheit. Der Souverän habe gezeigt, dass er nicht bereit sei, mehr Staatsgelder in das kranke System der Krankenversicherung zu pumpen, sagte Cotti. Gleichzeitig sei es auch ein klares Nein zu mehr Steuern gewesen. Er nehme das Abstimmungsergebnis als Auftrag für eine grundlegende Reform des Krankenversicherungsgesetzes. Der Bundesrat habe seine Vorschläge für ein sozialeres Versicherungsgesetz in der Revisionsbotschaft vorgelegt. In einem reichen Land wie der Schweiz sei es klar, dass das Gesundheitswesen etwas koste. Es gehe aber jetzt darum, die finanziellen Aufwendungen in einem vernünftigen Rahmen zu behalten. Die Reform sei aber nur durchführbar, wenn alle Beteiligten bereit seien, Opfer zu bringen, sagte Cotti.

Keine Wahlüberraschung in St. Gallen

Alle offiziellen Kandidaten in den Regierungsrat gewählt

St. Gallen (spk) Die Resultate der Erneuerungswahlen für die St. Galler Regierung fielen am Wochenende wie erwartet aus. Die offiziellen Kandidaten (3 CVP, 3 FDP, 1 SP) - darunter die beiden Neuen Peter Schönenberger (CVP) und Walter Kägi (FDP) - hatten keine Mühe, die Hürde des absoluten Mehrs von 43 043 Stimmen zu nehmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 34,3 Prozent.

Am Wochenende ging es vor allem um die Wahl von Ersatzleuten für den bisherigen Finanzchef Paul Gemperli und Baudirektor Willi Geiger. Gemperli war im Herbst 1991 nach seiner Wahl in den Ständerat aus der Kantonsregierung zurückgetreten, Geiger als amtsältestes Regierungsglied (seit 1972) geht Ende Juni 1992 in Pension.

Im Wahlkampf waren die sieben offiziellen Kandidaten der Regierungsparteien unter sich geblieben.

Wie 1988 schnitt auch diesmal Justiz- und Polizeidirektor Hans Rohrer (SP) mit 75 637 Stimmen am besten ab. Für die CVP wurden die Bisherigen Karl Mätzler (73 478 Stimmen) und Alex Oberholzer (72 516 Stimmen), für die FDP Burkhard Vetsch (73 100 Stimmen) und Hans Ulrich Stöckling (70 763 Stimmen) gewählt. Die beiden Neuen, Walter Kägi (FDP, 73 460 Stimmen) und Peter Schönenberger (CVP, 72 656 Stimmen) schafften ebenfalls auf Anhieb beachtliche Resultate. Auf Verschiedene entfielen 4837 Stimmen.

Obwohl nach den Machtverschiebungen bei den Kantonsratswahlen vom vergangenen 19. Januar durchaus Anlass bestand, kam kein Wahlkampf auf. CVP, FDP und SP einigten sich auf eine Einheitsliste, obwohl die Dreiervertretung der FDP bei einem auf 22,6 Prozent geschmolzenen Wähleranteil bestritten war.